

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 8.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6068.

Hannover  
Sonnabend, 20. April 1901.

Geschäftsrate pro 3 gefalt. Zeile ober deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Aufnahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Nikolaisstr. 46.

10. Jahrg.

Unsere Adresse ist:

Schillerstraße 5, 2. St.  
August Brey.

## Aussperrung in Cöslin.

Zu den Konflikten, die wir mit den Unternehmern an verschiedenen Orten auszufechten haben, hat sich ein neuer gefüllt, der bereits große Dimensionen angenommen hat und dessen größere Ausdehnung zu befürchten ist. In Cöslin hat das organisierte Unternehmertum am 11. April beschlossen,

„sämtlichen dem Kartellverbande angehörigen Arbeitern zu kündigen und dieselben entweder je nach den Anstellungsbedingungen sofort oder innerhalb 14 Tagen zu entlassen. Dieser Beschluß soll aufrecht erhalten bleiben, so lange der Ausstand besteht und erfolgt eine Wiedereinstellung in die Betriebe überhaupt nur in dem Falle, daß die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen wird.“

In dieser Besart giebt die „Cösliner Zeitung“ den Beschluß des organisierten Unternehmertums wieder. Einen recht wichtigen Teil verschweigt sie: Als Bedingung für Wiedereinstellung fordern die Unternehmer den Austritt aus der Organisation.

Am 12. April waren bereits 260 Verbandskollegen entlassen. Die Besitzer von Ziegeleien, der einer Lumpensortiranstalt, ein Spediteur, ein Töpfer, ein Brunnenmacher haben ihre Leute, die für sich gar keine Forderungen stellten, entlassen. Dem Beispiele dieser folgte man in den städtischen Betrieben. Den Arbeitern der Klammerei gab man eine 14tägige Bedenkzeit, haben sie im Verlaufe dieser Frist sich nicht zum Austritt bereit erklärt, dann erfolgt ihre Entlassung. Anderen städtischen Arbeitern ist die Entlassung sofort zu Theil geworden. Ein Spittelweiblein, das für städtischen Sold Cösliner Straßen vom Straßenstaub und Roth befreit, ist uns bereits abtrünnig geworden und hat sich abgemeldet. Stolz kann man auf dem Cösliner Rathhause sein ob dieses Erfolges.

Warum der Beschluß der Unternehmer? Die bei Schneidemühlen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter hatten das Bestreben bekundet, die 11stündige Arbeitszeit um eine Stunde zu kürzen und in 10 Stunden 2,50 Mk. zu verdienen. Darum Räuber und Mörder! Darum hat sich in Cöslin so ein Ritter Georg aufgerafft, der nun den Lindwurm Organisation bekämpfen will. Ist denn die Forderung unberechtigt? Ein Wochenlohn von 15 Mk. für schwere Arbeit! Wer den den Arbeitern nicht gönnt, der setzt sich dem Vorwurf der Gärtherzigkeit aus. Aber: können die Unternehmer den Lohn zahlen? Die Umgebung Cöslins, überhaupt der Osten, ist walddreich. Der Walddreichthum liefert in seinen Fichten Telegraphenstangen; Tausende von Kiefern werden gefällt, um dann bearbeitet zu werden für den Gebrauch im deutschen Bergbau; mächtige Eichen, riesige Buchen liefern das Material zu Mastelgen, Parkettbodenholzern, zu Möbeln und Nußholz aller Art. Und was ist in den letzten Jahren in den Wäldern gefällt worden! Reiche Ausbeute winkt den Schneidemühlenbesitzern. Was Wunder, daß auch die Arbeiter, die die schweren Stämme zu handhaben, zur Maschine zu schaffen haben, auch etwas bessere Bezahlung verlangen. Sie mußten das um so mehr, als auch in Cöslin die Lebenshaltung theurer geworden ist! Sie glaubten es um so mehr zu können, da Herr Zader, ein Mann, der es zum Millionär gebracht hat, dem 1. Bevollmächtigten unter Bezugnahme auf die Forderungen erklärt hatte, man solle sie nur allen Schneidemühlenbesitzern zustellen, er habe gar nichts gegen eine Bewilligung, nur wolle er sie nicht als Erster gewähren und er wolle sie auch aus Konkurrenzgründen nicht allein gewähren, jedenfalls würde eine Verständigung erzielt. Was Wunder, wenn nun in Folge dieser Erklärung die Arbeiter nur noch mit größerer Sicherheit darauf rechneten, in gütlicher Weise, ohne Arbeitseinstellung, ihre Forderung erfüllt zu sehen. Sie rechneten nicht damit, daß dieser Mann die Rolle des Scharfmachers übernehmen würde.

Was veranlaßt nun diesen Unternehmer, eine so ganz unerwartete Stellung einzunehmen? Kann der schwer reiche Mann etwa die paar Groschen an Lohn nicht zahlen, und heißt er deswegen seine Mitbewerber auf, daß sie sich mit ihm solidarisch erklären sollen, um ihn vor dem Ruin zu retten? Wenn der Pleitegeier in Cöslin umgehen sollte, diesen Herrn holt er nicht! Aber es ist ganz sicher, daß, wenn durch diesen Konflikt einige der weniger gut finanziell fundierten Schneidemühlenbesitzer ins Wackeln gerathen, die geschäftlichen Chancen des Ersteren sich verbessern werden. Unbegreiflich, daß das die Schneidemühlenbesitzer, die nicht Millionäre sind, nicht einsehen.

Kann man das Vorgehen dieses Herrn verstehen, wenn man sich in die weitausschauende Gedankenwelt eines profitlüsternen Unternehmers vertieft, so ist aber das Vorgehen der städtischen Zeitung einfach unbegreiflich. Man denke: es ist kaum ein Jahrzehnt vergangen, als das Oberhaupt des Reiches die Worte aussprach:

„... daß es eine Aufgabe der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“

Die städtische Verwaltung in Cöslin stellt sich offen auf Seite der Unternehmer, um diesen zu helfen, daß „Zeit und Dauer“ der Arbeit nicht geregelt werden sollen und die gesetzliche Gleichberechtigung der Arbeiter, das Koalitionsrecht mit Füßen getreten wird. Wir protestieren hiermit gegen eine so offene Parteinarbeit zu Gunsten des Unternehmertums gegen die wirtschaftlich Schwachen.

Diese Parteinarbeit zu Gunsten zahlungsfähiger Unternehmer verstoßt gegen die Interessen der Mehrzahl der Bevölkerung von Cöslin. Diese besteht aus Arbeitern und solchen Einwohnern, die ihre Kunden in dem Kreise der Arbeiter haben. Direkt und indirekt hat die Mehrzahl der städtischen Bevölkerung in Cöslin ein Interesse daran, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben, die Lebensgewohnheiten der Arbeiterbevölkerung geläutert werden; ohne Erhöhung des Lohnniveaus ist das nicht möglich. Siegt das Unternehmertum, dann drängt man gerade die besten und tüchtigsten Arbeiter zur Stadt hinaus, dem Westen zu, wo sich ihre Verbandszugehörigkeit nicht kontrollieren läßt. Die Arbeitgeber verlieren den zuverlässigsten Stamm ihrer Arbeiter, die Hauswirthe sichere Mieter. Was vom Osten her heran kommt als neuer Zugzug, sind die Armen der Armen und nicht leistungsfähig. Wenn dann die Armenunterstützung anschwilt, die Hauswirthe ihre Miethen nicht bekommen, Kleinhandwerker, Händler ihre Rechnungen nicht bezahlt erhalten, dann mag man sich bei der städtischen Behörde bedanken, die, statt vermittelnd einzugreifen, den Unternehmern als Rückenstöße dient. Billiger Weise darf man von der Zeitung eines städtischen Gemeinwehens erwarten, daß sie sich aller scharfmacherischen Tendenzen enthält, ja, daß sie darauf dringe, daß Unternehmer, mit denen sie Verträge schließt, den Arbeitern möglichst günstige Arbeitsbedingungen gewähren.

Nun ist das Scharfmacherthum von Cöslin daran, auch die Leitungen der Papierfabrik und Rindholzfabrik, letztere im benachbarten Jarnow, zur Aussperrung ihrer Leute zu bewegen. Es hofft dann das frevelhafte Spiel zu gewinnen. Beide Fabriken zusammen beschäftigen 700 Personen; ob ihre Leitungen nun so kurzschichtig sind und ihre Leute, die gar keine Forderungen gestellt haben, auf das Straßenpflaster werfen, bleibt abzuwarten. In einer unter riesiger Betheiligung tagenden Versammlung nahm die Arbeiterchaft Cöslins Stellung zu den Maßnahmen des Unternehmertums. Die Stellungnahme spricht dafür, daß die Arbeiter nicht konfliktlüstern sind. Bei der Provokation hätte man es verstehen können, daß sie der Erregung, dem Jorne folgend, die Parole der Generalausperrung mit der des Generalfreies beantwortet hätten. Nichts davon! Der Vorschlag des Referenten, Kollegen Brey, dem vorher auch eine Anzahl der Bevollmächtigten zugestimmt hatten, fand Billigung: „In den Generalfreies wird nicht eingetreten. Alle Verbandsmitglieder gehen nur, wenn sie entlassen werden. Wo angängig, wird Kündigung gefordert, die Zeit der Kündigung wird ausgehalten.“ Damit fällt die ganze Wucht der Verantwortung dafür, daß eine große Anzahl arbeits-

fähiger, arbeitswilliger Arbeiter an der Arbeit gehindert werden, auf die Unternehmer und ihre Helfershelfer!

Unsere Cösliner Verbandsgenossen rechnen auf die Solidarität der Verbandsgenossen in Deutschland! Hoch unsere Organisation!

## Ueber die Staubgefahren der Arbeiter

hat Dr. Ramboulet im Verlag der „Wiener Zeitschrift für Gewerbehygiene“ eine Schrift veröffentlicht, worüber wir der „Soz. Rundschau“ folgende interessante Auszüge entnehmen:

„Der Verfasser bespricht die Einwirkung der verschiedenen Staubarten auf den menschlichen Organismus: Die durch Staubeinathmung hervorgerufene Disposition zu Erkrankung, die Entzündungen der Schleimhäute, der Luftröhre, der Bronchien und Lymphdrüsen, Pneumonie, den Kehlkopf-, Nachen- und Nasenkatarrh, die Infektion durch tuberkulösen Staub und die Wirkungen chemisch giftigen Staubes. Ueber die Größe der Staubgefahr giebt eine statistische Skizze Aufklärung. Die Staubmenge in Kubikmeter freier Luft beträgt 0,49 Milligramm, in Kubikzentimeter Luft

eines Laboratoriums . . . . .	15 Milligramm
einer Webhaarspinnerei . . . . .	10 . . . . .
eines Sägewerkes . . . . .	17 . . . . .
einer Mahlmühle . . . . .	28 . . . . .
Schnupftabakfabrik . . . . .	72 . . . . .
Filzschuhfabrik . . . . .	176 . . . . .
Zementfabrik . . . . .	224 . . . . .
	usw.

Bei 10stündiger Arbeitszeit athmet ein Arbeiter jährlich ein:

in der Webhaarspinnerei . . . . .	15 Gramm
im Sägewerk . . . . .	27 . . . . .
in der Kunstwollefabrik . . . . .	30 . . . . .
in der Mahlmühle . . . . .	37 . . . . .
in der Eisengießerei . . . . .	42 . . . . .
Schnupftabakfabrik . . . . .	108 . . . . .
Zementfabrik . . . . .	336 . . . . .

Von 1000 Todesfällen kommen auf Tuberkulose in Berufen ohne Staubeinwirkung 381, mit Staubeinwirkung 480, bei der gleichaltrigen Berliner Bevölkerung 332 Fälle. Am schädlichsten erscheinen die Berufe mit Entwidlung organischen Staubes (537), dann jene mit Metallstaub (471), endlich mit Mineralstaub (403 Tuberkulose unter 1000 Todesfällen).

Die Morbidität (Erkrankungshäufigkeit) der Staubarbeiter betrug jährlich bei den

Buchbindern . . . . .	98 Prozent
Seidenwebern . . . . .	205 . . . . .
Baumwollspinnereien . . . . .	235 . . . . .
Buchdruckern . . . . .	250 . . . . .
Baumwollwebern . . . . .	285 . . . . .
Leiterngießern und Sägern . . . . .	304 . . . . .
Papierfabrikarbeitern . . . . .	343 . . . . .
mechanischen Werkstätten . . . . .	419 . . . . .
speziellen Drehern . . . . .	427 . . . . .
Lumpensack der Papierfabrik . . . . .	479 . . . . .
speziellen Polierarbeitern . . . . .	536 . . . . .

Der Verfasser verweist auf die Schädigung einerseits des Betriebes selbst (Staubexplosionen usw.), andererseits der Umgebung durch die Staubeinwirkung, und bespricht sodann die Mittel zur Bekämpfung des Staubes im Gewerbebetriebe. Er empfiehlt die thunlichste Vermeidung der Staubeinwirkung, mögliche Abschließung des Betriebsortes gegen die Umgebung, Ventilation der Werkstätten, Befuchung des Bodens und der Luft, Anwendung von Bädern, Respiratoren und Schutzbrillen, Verbot, die Mahlzeiten in stauberfüllten Räumen einzunehmen usw. Den Schluß des Festes bilden entsprechende Vorschläge für die verschiedenen Betriebe mit Staubeinwirkung.

In dieser Aufzählung der sanitären Reformen bündelt uns die wichtigste Maßregel vergessen, nämlich die Abkürzung des Aufenthalts der Arbeiter in stauberfüllten Räumen und bei stauberzeugenden Arbeitsprozessen durch Abkürzung des Arbeitstages und gesetzliche Pausen, sowie Beschäftigungsverbot für widerstandschwächere Arbeiter, insbesondere Kinder und Jugendliche. Ohne diese Reformen werden alle übrigen Maßnahmen Stückwerk bleiben.

## Syndikat und Arbeiterorganisation.

Die im Jahre 1899 gegründete „Zentrale für Spiritusverwertung“ (Sitz Berlin) hat sich ca. 90 Prozent der Brennereien im deutschen Reich auf neun Jahre hinaus verpflichtet, die gesammte Produktion von Spiritus an diese Zentrale abzuliefern. Man kann

fagen, daß die Zentrale über die Gesamtproduktion von Spiritus im deutschen Reich verfügt, denn die übrigen 10 Prozent der Brennereien spielen keine Rolle. In Folge dessen kann auch nur von dieser Stelle im ganzen Reich Spiritus bezogen werden. Die Zentrale diktiert nicht nur den Einkaufspreis, sondern sie bestimmt den Zwischenhändler auch den Verkaufspreis des Artikels, mit der Maßgabe, daß der Zwischenhändler des Anspruchs auf Lieferung verlustig geht, regelrecht geboykottet wird, wenn er diesen Bestimmungen nicht entspricht oder ringfreien Spiritus verkauft.

Ähnlich verfährt das Zuder-Syndikat. Das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat umfaßt 87 Prozent der Förderung des Bezirks. Das Kapital von mehr als 100 Zechen ist an ihm beteiligt. Dieses Syndikat hat die Form einer Aktiengesellschaft, deren Gegenstand der An- und Verkauf von Kohlen, Kokes und Briketts ist. Der Syndikats-Vertrag verpflichtet die Zechenbesitzer, ihre Gesamtproduktion an die Gesellschaft zu verkaufen. Letztere hat dagegen unter dem in Statut vorgesehenen Bedingungen die Pflicht der Abnahme und des Weiterverkaufs der Produkte übernommen, für die sie den Zechenbesitzern gegenüber als Selbstverkäuferin auftritt.

Die Organisation ist also derart getroffen, daß sie in formell-rechtlicher Beziehung als eine auf Lieferungsvertrag beruhende gelten muß. Auch hier steht selbstverständlich das Syndikat die Preise fest und reguliert den Zwischenhandel.

Allen derartigen Syndikaten wohnt die Tendenz inne, die Preise möglichst hoch zu fixieren und auf möglicher Höhe zu erhalten. Das ist ihnen leichter, als sie tatsächlich einen monopolistischen Charakter haben. Sie haben eine Konkurrenz nicht zu fürchten; das sog. „wirtschaftliche Grundgesetz von Angebot und Nachfrage“ ist für sie so gut wie aufgehoben; sie können die Masse der Konsumenten in absolut willkürlicher Weise sich tributpflichtig machen, mit ihren Produkten Wucher treiben. Es liegt in ihrer Macht, jederzeit eine Einschränkung der Produktion herbeizuführen oder mit dem Absatz zurückzuhalten. Das Statut des Kohlen-Syndikats z. B. bestimmt, daß, „im Fall die Lage des Kohlenmarktes eine Einschränkung der Kohlenproduktion bedingt“ (z. B. wenn der Konsum durch industrielle Krisen vermindert wird), „eine gleichmäßige, prozentuale Einschränkung der Förderung durch Beschluß der Zechenbesitzer auf Vorschlag des Vorstandes statzufinden hat“. In einer uns vorliegenden offiziellen Befundung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergwerksbezirk Dortmund heißt es: „Die Einschränkung der gesamten Produktion ist, ähnlich wie beim Zuder- und Spiritus-Syndikat, die Handhabe, mit welcher die Syndikatsleitung die ihr gestellte Aufgabe der Beseitigung ungesunden Wettbewerbes auf dem Arbeitsmarkt und die Erzielung angemessener Preise für alle Mitglieder durchzuführen unternimmt.“

Die Verteidiger dieser Tendenz des Syndikatswesens, darunter Minister, haben erklärt, daß gerade darin „das segensreiche Wirken der Syndikate“ zu erblicken sei — eine Auffassung, der sich vor etwa drei Jahren auch das Reichsgericht angeschlossen hat.

Stellen wir daraufhin nun einen Vergleich mit etlichen Kugenanwendungen an:

Die Arbeiter-Organisation und -Koalition dient dem Zwecke, nicht nur für ihre Mitglieder, sondern für alle dem betreffenden Beruf angehörenden Arbeiter eine höhere Bewertung der Arbeitsleistung zu erzielen, Löhne in angemessener Höhe zu erringen; d. h. die Arbeiter nehmen einen höheren Teil vom Ertrage ihrer eigenen Leistung in Anspruch. Das ist nicht nur ein absolut natürliches resp. menschliches Recht der Arbeit, nein, dieser Anspruch findet seine Begründung auch in der bestehenden Rechts- und Wirtschafts-Ordnung, die nur eine strafrechtliche Frage für den Eigenthümerwerb kennt, im Uebrigen aber die unbedingte Freiheit der Verwerthung sowohl des Kapitals wie der Arbeitskraft, resp. der geistigen und technischen Thätigkeit proklamirt. Nach der geltenden Rechts-Theorie ist nicht nur der Kapitalist, der Unternehmer befugt, innerhalb der gesetzlich gezogenen Grenzen seine Profite zu vermehren, auch dem Arbeiter steht es zu, für seine Arbeitsleistung so viel zu fordern und zu nehmen, als ihm geboten erscheint und er erlangen kann.

Der übliche Zinsfuß kann mit etwa 6 Prozent angenommen werden; was darüber hinausgeht bei Leihgeschäften, gilt als Wuchersins. Die Syndikate aber treiben ihre Mitglieder durch wucherliche Ausbeutung der Konsumenten ins Unglück. So gab es im vergangenen Jahre der Schöffer Gruben und Güttenverein die „Kleinigkeit“ von 75 Prozent Zinseszins. Ein Kapitalist, der an diesem Unternehmen z. B. mit 50 000 Mk. beschäftigt ist, erhält also 37 500 Mark Ausbeutung-Profite.

Dem entspricht man, daß nahezu 90 Prozent der deutschen Arbeiterkraft sich mit Löhnen unter 500 Mark begnügen müssen. Fordern diese Arbeiter Lohn-erhöhung, so nennt das Unternehmertum sie „trübsal- und ungesund“. Und öffentliche Gewalten bieten die Hand dazu, durch Beschränkung und Vergewaltigung des Produktionsrechts den Arbeitern die Durch-Setzung ihrer berechtigten Forderungen zu erschweren oder unmöglich zu machen.

Die Syndikate stehen mit dem darüber künftigen Lohn- und Löhnen-Verhältnisse Unternehmern sich gegenüber, die schon die wirtschaftliche

Existenz manches Unternehmers vernichtet. Dazum hat die „staatsverhaltende Moral“ nichts auszuweisen, denn es sind ja die Interessen des herrschenden Faktors, des Kapitalismus, die hier in Betracht kommen.

Den Arbeitern aber wird schon daraus ein „Verbrechen“ gemacht, wenn sie die an sich, gesetzlich wie moralisch, durchaus zulässigen Mittel der Ueberredung anwenden, um ihre Berufs- oder Klassengenossen zu bewegen, sich getroffenen Vereinbarungen, betreffend Erringung besserer Arbeitsbedingungen, anzuschließen, zu keinen anderen Bedingungen, als zu diesen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, nicht Streikbrecher zu werden u. zc.

Die Syndikate wollen den kapitalistischen Profit sichern durch Aufrechterhaltung der freien Konkurrenz und Produktionsbeschränkung; einem „unlauteren Wettbewerb“ wollen sie begegnen. Auch die Arbeiter haben mit einer freien Konkurrenz zu rechnen, nämlich mit der der Arbeitskraft; sie haben das stärkste Interesse daran, diese Konkurrenz zu beschränken resp. zu regeln. Aber da kommen sie schon an! Wenn ihre Organisationen sich dieser wichtigen Aufgabe unterziehen, um den Verkauf der Arbeitskraft zu schund- und Hungerlöhnen zu verhindern, dann schreit der Kapitalismus Peter und erklärt: die „persönliche Freiheit des Arbeiters“ müßte solchem Beginnen gegenüber geschützt werden. Die Arbeiter niederzuwerfen, leistet das Unternehmertum dem wilden Wettbewerb der Arbeitskraft Vorschub durch massenhafte Einfuhr, billiger ausländischer Arbeitskraft.

Eine Regulierung des Angebots der Arbeitskraft, eine den Arbeiterinteressen entsprechende Beeinflussung der freien Konkurrenz der Arbeitskraft, ist ohne Beschränkung der Leistung des Einzelnen, ohne Beschränkung der Arbeitszeit nicht möglich. Das Unternehmertum jedoch will die darauf abzielenden Bestrebungen der Arbeiterorganisationen nicht gelten lassen — das selbe Unternehmertum, das es als sein „gutes Recht“ beansprucht, ohne Rücksicht auf die Interessen der Gesamtheit durch Produktions-Beschränkung den schamlosesten Profit-Wucher zu treiben. Die Arbeiter der Syndikatsmänner sollen nicht sagen dürfen, daß durch Arbeitszeit-Verkürzung der Bedarf an Arbeitskräften zu erhöhen ist. Aber sie sollen es als selbstverständlich in den Kauf nehmen, daß das Syndikats-Unternehmertum ihrer so und so viele entläßt und unter Herabsetzung der Löhne die Arbeitszeit beschränkt — und zwar nicht nur, weil zu viel Produkte vorhanden sind, sondern um durch künstliche Steigerung des Mangels an Produkten den Preis derselben um so leichter hinaufreiben zu können.

Die Arbeiter thun gut, sich diese zwischen Theorie und Praxis im wirtschaftlichen Leben bestehenden scharfen Gegensätze einzuprägen.

Der Arbeiter hat gesetzlich anerkannte Rechte zwecks möglichst günstiger Verwerthung seiner Arbeitskraft. Aber macht er Gebrauch von diesen Rechten, so wird er zum „Feind der bestehenden Ordnung“, und er muß niedergebütelt werden. Der Kapitalismus hat das Recht, sich möglichst hoher Profite zu verschern; er thut das unter beständigem rücksichtslosen Mißbrauch des Rechts, durchaus freibeuterisch. Und er behauptet, sich damit ein „Verdienst“ um das Wirtschaftsleben zu erwerben!

## Soziale Hundschau.

— Die Lage des Arbeitsmarktes. Der Niedergang in den Beschäftigungsverhältnissen der deutschen Arbeiter, wie er seit Jahresfrist deutlich erkennbar ist, hat im März angeandert, ohne jedoch weitere Fortschritte zu machen. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, drängen sich um je 100 offene Stellen 122,2 Arbeitssuchende, während in dem entsprechenden Monat des Vorjahres (99,8) die Waage gehalten hatten. Die Zunahme der Beschäftigten in den Krankenkassen, die regelmäßig mit Beginn des Frühjahrs eintritt, war in diesem März um 1 Prozent stärker als im vorjährigen (3,9 gegen 2,9); was freilich in der Hauptsache auf den abnorm starken Rückgang im Februar zu schieben ist. Die gespannte Lage in der Metall- und Maschinenindustrie dauert unverändert fort. In den Textilgewerben wird in Schlefien getilgt, während in Rheinland-Westfalen wenigstens die Leinwandweberei gut beschäftigt ist. Das Baugewerbe leidet unter den Verhältnissen des Hypothekensarkasms, hat aber an einzelnen Orten die Frühjahrs-Witterung doch schon auszunutzen vermocht. Das Zurückdrängen der Arbeiterinnen in den häuslichen Dienst, das bei einem Uebergang der Industrie auf die Dauer unvermeidlich ist, hat bis jetzt nicht stattgefunden. Nach dem Urtheil der genannten Zeitschrift dauert der Dienstmangels einseitig fort.

— Den Kontraktbruch der Arbeiter, auch der Industriearbeiter, kriminell zu bestrafen, wird ein neuer Versuch gemacht. Die Handelskammer in Halberstadt hat beim preussischen Abgeordnetenhaus petitionirt, den in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwurf betreffend der landwirthschaftlichen Arbeiter auch auf die Industrie auszudehnen. Die Petitionskommission beantragt, diese Petition der Regierung als Material zu überweisen. Von anderer Seite war beantragt worden, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, weil die Frage, soweit sie sich auf das Gebiet der Industrie erstreckt, unter allen Umständen der Zuständigkeit der Landesgesetzgebung entzogen sei. Entgegengesetzt wurde indes, daß man die Regierung erlauben könne, ihren

Einfluß im Bundesrath in der Richtung der Petition zu entfalten. Schon der bloße Umstand, daß die Vertreter einer Handelskammer die Bestrafung des Kontraktbruchs industrieller Arbeiter fordern, sei als Material von Gewicht.

Besterer Umstand beweist uns nur, daß industrielles und kommerzielles Kapital die Ausbeutung der Arbeiter in gleichem Maße wünschen. Ungünstige Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in den allermeisten Fällen die Ursache des Kontraktbruchs.

— Die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen, welche in den revidirten Betrieben Deutschlands beschäftigt sind, betrug am 1. Dezember 1899 798 408 von 899 985 Fabrikarbeiterinnen überhaupt. 1898 hatte man in den betreffenden Betrieben 764 548 erwachsene Arbeiterinnen gezählt, so daß sich ihre Zahl um 33 860 oder 4,43 Prozent vermehrt hat. Die Zahl der Anlagen, welche erwachsene Arbeiterinnen verwenden, ist von 36 484 auf 40 759 oder um 11,71 Prozent gestiegen. Auf jede Fabrik kamen 1898 im Durchschnitt 21, 1899 aber nur 19,6 erwachsene Arbeiterinnen. Die Zahl der in deutschen Fabriken beschäftigten jugendlichen Arbeiter (männliche und weibliche zusammen) ist von Ende 1898 bis Ende 1899 von 283 468 auf 301 414 gestiegen, die Zahl der Betriebe, in denen sie thätig waren, von 45 542 auf 46 779. Die in Betracht kommenden Anlagen haben mithin nur um 2,34 Prozent, die darin beschäftigten jugendlichen Arbeiter aber um 6,33 Prozent zugenommen. Auf jeden Betrieb kamen 1898 durchschnittlich 6,2, 1899 aber 6,4 jugendliche Arbeiter. Daß die Zahl der verwendeten jugendlichen Arbeiter verhältnißmäßig stärker gewachsen ist als die der erwachsenen Arbeiterinnen, erklärt sich wohl zum Theil mit dadurch, daß halbwochliche Kinder billiger „Hände“ sind, als erwachsene Frauen und Mädchen. Von den „erwachsenen“ Arbeiterinnen standen im Alter von 16 bis 21 Jahren 297 387. Ein sehr großer Prozentsatz von ihnen müßte von Rechts wegen noch zu den jugendlichen Arbeitern gezählt werden, die vermehrten Schutzes bedürfen.

— Kautschuk-Krupp. Bis jetzt ist Krupp Eigenthümer der Gußstahlfabrik in Essen; des Stahlwerks in Unnen; des Grusonwerks in Budau; der Hochofen bei Duisburg, Remscheid, Engels und Rheinhausen; der Sayner Hütte; der Zechen „Hannover“ und „Hannibal“ (theilweise), „Sälzer-Mead“; von Eisensteingruben im Siegerland, an der Lahn, in Lothringen und bei Bilbao (Spanien); des Schießplatzes in Meppen, von Steinbrüchen, Thon- und Sandgruben, ferner nennt er sein 3 Seeadmpler, die Schiffs- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Germania“ in Berlin und Kiel. Auf allen diesen Werken werden insgesamt beschäftigt: 46 679 Personen, davon in Essen allein 26 670. Diese industrielle Schaar hat dem Manne im verflochtenen Jahre die Kleinigkeit von 21 Millionen Mark erarbeitet.

## Vom sozialen Kampfplage.

— Der Streit in Speyer dauert fort. Die vereinigten Ziegelwerke haben dem Kapitän ihres Dampfbootes verboten, andere als zum Betriebe gehörige Boote zu schleppen. Von diesem Boykott war auch das Boot unseres Kollegen Gault betroffen. Die vom Schleppen ausgeschlossenen Bootbesitzer haben nun einen Dampfer gemiethet. Die Gesellschaft hat dadurch so ca. 12—15 000 Mk. jährlich Schaden. So verkehrt es diese Direktion, die Interessen der Gesellschaft zu wahren.

In Harburg ist beim Streit auf der Gummi-Fabrik Harburg-Wien eine Aenderung nicht eingetreten. Es stehen 330 Arbeiterinnen im Streit. Dadurch sind 29 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen.

In Greifswald sind 10 auf Danten beschäftigte Kollegen in den Zustand getreten. Sie fordern Lohn-erhöhung. Zu Verhandlungen waren die Unternehmer nicht geneigt. Zwei Arbeiter arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen.

In Rothenburgsort-Hamburg streiten 30 auf der Reismühle von F. D. Lüders in Moorfleth beschäftigte gewesene Kollegen. Sie fordern Lohn-erhöhung von 3,60 auf 4 Mk., für Ueberstunden und Sonntagsarbeit 50 Pf. pro Stunde. Einen Lohn von 3,80 Mk. hatten sie bereits erhalten, da nahm die Betriebsleitung eine Lohn-herabsetzung vor.

Nach allen diesen Orten ist Zugang fernzuhalten.

## Polizeiliches, Gerichtliches.

— Der Bevollmächtigte der vor kurzer Zeit gegründeten Zahlstelle, Gr.-Salze erhielt am 2. April von der dortigen Ortspolizeibehörde folgende Verfügung:

Nachweislich des heute eingereichten Mitglieder-Verzeichnisses gehören der Zahlstelle mehrere weibliche Personen als Mitglieder an. Dies ist nach § 2 und 8 des Vereinsgesetzes vom 11. 3. 1850 nicht zulässig. Nach dem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 27. 3. 1900 steht fest, daß der Verband der Fabrik-, Land- und Hülfenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, der in Hannover seinen Sitz hat, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt und deshalb den Ordnungsvorschriften des § 2 des Vereinsgesetzes vom 11. 3. 1850 unterliegt, daß die Zahlstellen des Verbandes selbständige Vereine sind und deshalb die Vorsteher dieser ebenfalls verpflichtet sind, den Vorschriften des § 2 nachzukommen.

Sie werden deshalb unter Hinweis auf §§ 2, 8 und 16 des Gesetzes vom 11. 3. 1850 aufgefordert, binnen 6 Tagen den Nachweis zu führen, daß der von Ihnen geleiteten Zahlstelle keine weiblichen Personen als Mitglieder angehören, widrigenfalls wir die vorläufige Schließung der Zahlstelle verhängen und der königlichen Staatsanwaltschaft Anklage erheben werden.

Das Schriftstück befindet eine recht ungeläufige Auffassung von dem preussischen Vereinsgesetz. So herrlich ist dieses

„Jewel“ nun doch noch nicht, das es den Frauen die Teilnahme an Vereinen verbiete, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen. Das auch das angelegene Gerichten für unsern Verband die Teilnahme der Frauen nicht verbiete, ist bekannt. Aber wird die Drohung auch ausgeführt werden und erst ein langwieriges gerichtliches Verfahren wird uns zu unserem Recht verhelfen. Für den dem Verband und den Mitgliedern inwischen erschwenden materiellen Schaden den Erschöpfungen zu suchen, werden wir nicht erlangen.

### Die Konferenz des Gaus 9

tagte am 5. März in Rommels. Es waren 24 Delegierte aus 19 Jahrestellen anwesend. Der Hauptvorstand war durch den Kollegen Brey-Sonnenberg vertreten. Um 10 Uhr eröffnete Kollege Elbert die Konferenz mit einer kurzen Ansprache. Zur Beilegung der Konferenz wurden die Kollegen Bennis-Migdorf, Elbert-Potsdam als Vorsitzende; Reich-Weihenau, Bunt-Oranienburg als Schriftführer per Affirmation gewählt. Dem Bericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß 6 neue Jahrestellen gegründet worden sind. Eine Lohnbewegung ist in Oranienburg mit Erfolg geführt worden, während eine solche in Spandau leider mit einer Niederlage endete. Versammlungen waren 50 abgehalten, hiervon entfielen 20 auf Orte, in denen noch keine Jahrestellen vorhanden sind. Auf Wunsch von zwei Jahrestellen verblieben der Vorsitzende Brey und fand dieser Alles in bester Ordnung. Eingegangen sind 12 Depeschen, 72 Briefe, 85 Karten, 12 Pakete, 11 Geldsendungen. Abgeschickt wurden 10 Depeschen, 112 Briefe, 80 Karten, 19 Pakete. An Einnahme ist zu verzeichnen: Vom Hauptvorstand 366,64 M.; von den Jahrestellen: Potsdam 25 M., Wannsee 2 M., Nixdorf 2 M., Behnin 35 M., Söh 10 M., Spandau 10 M., Ertner 5 M., Berlin 30 M., Oranienburg 16 M., hierzu Bestand 1951 M. Summa 821,15 M. Ausgabe 461,-- M. Restbestand 60,15 M. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Zum 2. Punkt, Agitation, lagen zwei Entwürfe vor, jedoch wurden dieselben nach langem Hin und Wieder abgelehnt. Der 3. Punkt der Tagesordnung, Besetzung des Hauptvorstandes, wurde von Frau-Kristin begründet. Redner führte mehrere Organisationen an, welche in der Provinz Beamte angestellt haben, und suchte nachzuweisen, daß dieselben größere Fortschritte gemacht haben als wir. Ferner wies er Vorschläge über die Aufbringung der Geldmittel. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich Bennis, Reich, Pohl, Weise und Brey und erklärten sich diese theils aus finanziellen Gründen, theils grundsätzlich als Gegner des Antrages. Kollege Brey betonte, daß er für außerordentlich vortheilhaft halte, wenn es einer recht großen Zahl von Kollegen möglich gemacht werden könnte, ihre ganze Zeit der Ausbreitung des Verbandes und der Tätigkeit für den Verband zu widmen. Es handele sich nur um die Mittel, und da ihre Kollege Pohl, wenn er annehme, diese lassen sich leicht aufbringen. Da unsere Kollegen, vor Allem auch in diesem Gau, noch sehr zur Opferfreudigkeit ertragen werden müßten, beweise die Beitragsleistung für Verband und Streikfonds. Die Kollegen sollten doch die Abrechnungen ihrer Jahrestellen nachsehen, da würden sie finden, wie die Zahl der geleisteten Beiträge auch für den Streikfonds hinter dem aufgeführten Mitgliederbestande zurückbleibe. Und bleibe es so wie bisher, daß die Ansprüche der Mitglieder in der seitherigen Weise wachsen, das Unterliegen verlangt werde für Mitglieder, deren Mitgliedschaftsdauer nach Wochen, ja oft nach Tagen zähle, dann unterliege es keinem Zweifel, daß dann erst die Verbandskasse bessere Beitragsleistung von den Mitgliedern fordern müsse. Bei dem jetzigen geringen Opfermühe würden Extrabeiträge für Gau- oder lokale Zwecke nur zur Folge haben, daß noch eine geringere Zahl der Wochenbeiträge an die Verbandskasse geleistet würden und dies dürfe unter keinen Umständen eintreten; die Delegierten müßten in ihren Jahrestellen darauf drängen, daß die Verbandskasse nicht benachteiligt wird. Habe man die Mitglieder daran gewöhnt, daß sie die bestehenden Zahlungsverpflichtungen erfüllen, dann erst kann man ihnen größere Zahlungsleistungen auferlegen. Ob diese dann dem Hauptvorstande zuzuschicken haben, hängt ganz von dem Arbeitsquantum ab; der jetzige Vorstand habe auch Arbeiten übernommen, die er nicht zu erledigen habe, deren Erledigung er ablehnen solle. Nachdem noch Elbert für den Antrag gesprochen, wurde derselbe in namentlicher Abstimmung mit 15 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag, daß Jahrestellen bis zu 150 Mitglieder einen, auf jede weitere 150 noch einen Delegierten entsenden sollen, wurde angenommen. Ebenso ein Antrag, der die Jahrestellen verpflichtet, Situationsberichte einzusenden, diese Berichte werden vom Hauptvorstand jedem Delegierten 8 Tage vor der Konferenz zugefandt. Ferner wurde beschlossen, die nächste Konferenz in Werder a. S. am 15. September abzuhalten. Mit dem Wunsche, daß auch diese Konferenz ihr Theil zum Gedeihen des Verbandes beitragen möge, schloß Kollege Elbert dieselbe um 6 1/2 Uhr mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

### Konferenz des Gaus 12.

Sonntag, den 24. März, tagte die diesjährige Konferenz im Restaurant Fendt, Soethestraße. Betreten waren 8 Jahrestellen. Um 10 1/2 Uhr eröffnete Gauassessor Staimer in Vertretung des Vorstandes die Konferenz. Nach einer kurzen Ansprache des Eröffners und Begrüßung der Delegierten schritt man zur Wahl des Bureau's. Gewählt wurden die Kollegen: Staimer als erster Vorsitzender; Hart-Feiffing als zweiter Vorsitzender; Maier-Brudmühl als erster Schriftführer; Gauppenberger-Beckhausen als zweiter Schriftführer. 1. Punkt: Bericht des Hauptvorstandes. Nachdem der Vorsitzende Kollege Staimer einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Hauptvorstandes und über den Stand der Gauassessorie gegeben, die Revision der Sache beauftragt, wurde dem Hauptvorstand Decharge erteilt. 2. Punkt: Bericht der Delegierten. Hier schilderte Kollege Obermeyer-Bandhut den Stand seiner Jahrestelle, ferner die überaus schlechten Löhne und das unhaltbare Straßsystem, das in einigen Fabriken herrsche. Maier-Brudmühl führte aus, daß die Verhältnisse sich etwas zu Gunsten der Organisation geändert hätten, daß aber auch dort die allgemeine Krise sich geltend mache. Hart-Feiffing berichtete über den mißlich harten Stand, den die Freisinger Kollegen haben, da nicht bloß die Unternehmer, sondern auch die sogenannten „Christlichen“ ihnen in der gefährlichsten Weise die Arbeit schwer machten. Eder-Santing schilderte die dortigen Verhältnisse nicht gerade als sehr rosig und betonte insbesondere, daß dort auch ein katholischer Männer-Verein vorhanden sei, der sich ebenfalls die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter zur Aufgabe gemacht habe. In seinem Statut heiße es aber ausdrücklich, dies könne auch nur geschehen durch Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes und Empfang der heiligen Sacramente. Gauppenberger-Beckhausen berichtete, daß die dortige Jahrestelle in Folge ihrer Jugend zwar noch nicht viel Mitglieder habe, daß sie sich eifrig betreibe, im Verein mit anderen Bemerklichkeiten die Willkürherrschaft zu beseitigen und für Aufklärung einzutreten. Die Arbeiter in den Zentralfabriken würden jetzt auf schmalen Verdienst gelebt, nachdem die Herren Unternehmer während der günstigen Konjunktur über eine halbe Million Reingewinn erzielt. Wenzinger-Regensberg berichtete über die traurige Lage der dortigen Arbeiter und glaubte, daß nur durch energisches Eingreifen geholfen werden könne. Weinberger-Pasing schildert den Indifferenzismus der dortigen Arbeiter und speziell auch der Verbandskollegen, und meint,

daß es ihnen unmöglich sei, auch nur die Hälfte der Mitglieder in die Monats-Versammlungen zu bringen (sicher). Und doch hätten gerade die dortigen Arbeiter es sehr nötig, für die Verbesserung ihrer traurigen Lage zu kämpfen. Gauppenberger-Beckhausen über die allgemeinen Verhältnisse in Werder, dabei das brutale Vorgehen einzelner Unternehmer, die fortwährenden Preissteigerungen der Haus- und Lebensmittelartikel, berichtete über einige Streiks und wies darauf hin, daß nur durch ein festes Zusammenhalten aller Arbeiter in Stadt und Land Abhilfe geschaffen werden könne.

Angenommen wird folgender Antrag der Jahrestelle Reihelm: Daß jede Jahrestelle jährlich auf Kosten der Gauassessorie zwei Referenten zu fordern habe. Beschlossen wurde ferner zu einem Antrag der Jahrestelle München: Besetzung eines Beamten, wozu auch die künftigen Jahrestellen herangezogen werden sollen mit einem Beitrag pro Monat ein Mitglied von 5 Pfennigen. Den Delegierten wird anheimgegeben, die Beschlüsse ihrer Mitgliedschaften einzuholen und dem Hauptvorstand einzusenden. Ferner soll jede Jahrestelle allmonatlich einen Bericht über die Zustände der Arbeitsplätze und die allgemeine wirtschaftliche Lage dem Hauptvorstand zusenden, die dieser dann in der Presse veröffentlichten soll. Beschlossen wurde, dem Vorstand einen Antrag auf Dotierung der Gauassessorie mit 300 Mark zugehen zu lassen und ihn zu veranlassen, im Laufe dieses Jahres eine Agitationstour nach dem Gau 12 zu veranstalten. — Die nächste Gauassessorie wird wieder in München abgehalten. Mit einem Hoch auf die Arbeiter und gefassten Beschlüsse schließt der Vorsitzende die Konferenz.

### Korrespondenzen.

#### Kolleginnen, Kollegen! Denkt an den Streikfonds!

Berlin. Ueber die Maßregelungen in der chemischen Fabrik auf Aktien (vormals Schering) verhandelte Sonnabend, den 30. März, eine stark besuchte Versammlung der in diesem Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Wie berichtet wurde, ist der zweite Bevollmächtigte, der bereits seit 12 Jahren zur vollen Zufriedenheit thätig war, plötzlich ohne Angabe der Gründe entlassen worden und es sollen noch weitere Entlassungen von organisierten Arbeitern geplant sein. Die Veranlassung hierzu haben anscheinend die kürzlich vorgenommenen Wahlen für die Personalkasse gegeben. Diese Kasse ist in zwei Klassen, für die Beamten und für die Arbeiter, eingeteilt. Bisher wurden die Vertreter auch für die zweite Klasse, zu der die Arbeiter Beiträge zahlen müssen, aus den Reihen der Beamten bezogen. Der Vorstand erwählte und erst bei der letzten Wahl machten die Arbeiter von ihrem Rechte Gebrauch und wählten Vertreter aus ihren Reihen. Der Entlassene gehörte zu den Gemäßigten und es wird angenommen, daß auch die übrigen Vertreter der Arbeiter auf diese Weise beiseite zu werden sollen. Die Arbeiter vermuten, daß die Maßregelungen auf Verreiben der Vorarbeiter stattfinden, welche sich durch das Resultat der Wahl in mancher Beziehung beeinträchtigt fühlen. Jedenfalls ist ein solches Vorgehen unwürdig einer Firma, die einen Weltkurs genießt und diesen doch auch wohl ihren Arbeitern mit verleiht, und — nebenbei bemerkt — im vorigen Jahre 15 Prozent Dividende bezahlte. — Von dem Referenten Stiel und mehreren anderen Rednern wurden auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse kritisiert und ausgeführt, daß trotz der außerordentlich gesundheitschädlichen Tätigkeit in diesem Betriebe die Arbeiter über 18 Jahre bei zehnstündiger Arbeitszeit nur einen Wochenlohn von 18 Mark erhalten, der nach langjähriger Tätigkeit in der Fabrik auf 21 und 22 Mark steigt. Die schon zu lange Arbeitszeit wird noch vielfach durch Ueberstunden und Sonntagsarbeit verlängert. Nach einer längeren Diskussion, in der auch über sanitäre und hygienische Mißstände und über das in der Fabrik herrschende Straßsystem Lage geführt wurde, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die im Kolberger Salon versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren entschieden gegen das Vorgehen der Fabrikleitung, welche die Arbeiter, die von ihrem Recht Gebrauch machen, auf die Straße setzt, und sie verpflichten sich, soweit dies noch nicht geschehen, der Organisation beizutreten. Die Versammelten verpflichten sich ferner, falls die Drohung, noch mehr Arbeiter zu maßregeln, ausgeführt wird, durch allgemeine Niederlegung der Arbeit die Direktion zur Wiedereinstellung der Gemäßigten zu zwingen.“

Worbis. Am 1. Ostertage fand eine Mitgliederversammlung im Vereinslokale „Hotel Bellevue“ statt. Der 1. Punkt der Tagesordnung war die Abrechnung vom 1. Quartal 1901. Bücher und Belege wurden revidiert und für richtig befunden und dem 2. Bevollmächtigten Decharge erteilt. In Vertretung wurde beschlossen, am 21. April eine außerordentliche Versammlung abzuhalten, zu welcher eine rege Beteiligung erwartet wird, um über die Lohnforderung der Bauarbeiter endgültig zu beschließen. Ferner wurden dem Kollegen Prüll 4 M. Umzugskosten aus der Lokalkasse bewilligt.

Braunschweig. Die Zeitung unserer Jahrestelle hat einen sehr informierenden Geschäftsbericht über das Jahr 1900 in einer 16 Seiten starken Broschüre herausgegeben. Derselbe weist nach, daß der feste Mitgliederbestand am 1. Januar 1901 1245 betrug, davon 125 weibliche. (Am 1. Januar des Jahres 1897 war die Gesamtzahl der festen Mitglieder 82.) Die im Laufe des Jahres vollzogene Agitation hat einen Zuwachs von 463 Mitgliedern gebracht. Der Pflege der Geselligkeit dienen 5 Besesselsammlungen: zwei Langfestsitzungen, ein Familienabend und zwei Ausflüge. Der Arbeitsnachweis hat die erwarteten Erfolge nicht gebracht, dagegen gelang es auch im Geschäftsjahre wiederum, Verbesserungen der Lage unserer Kollegen durchzuführen. Auf der Zunderfabrik Germania wurde durch Verhandlungen die Wiedereinstellung dreier entlassener Kollegen erreicht. Die Arbeiter dieser Fabrik haben auch im Herbst eine Lohnerhöhung erhalten. Auf der Konferenzfabrik von Max Koch ist ebenfalls durch Verhandlungen folgendes erreicht worden: Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden; für jeden Arbeiter eine Lohnzulage von 3 Pf. die Stunde, für Ueberstunden 3 Pf. Aufschlag; für Sonntagsarbeit 5 Pf. Aufschlag; Abschaffung von Mißständen und Einführung von Lohnabhängern; für Arbeiterinnen eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde. Durch das Vorgehen auf dieser Fabrik haben sich auch andere Konferenzfabriken veranlaßt, die Löhne zu erhöhen. Nicht nur dem gewünschten Erfolg sondern die Differenzen auf zwei Zementwarenfabriken. Die Ursache dafür ist darin zu suchen, daß Arbeiter dazwischen sind, die bald hier, bald dort arbeiten und auch den richtigen Weg nicht einschlagen. Auf der Zunderfabrik wurde ein Lohn von 1,80 bis 2 M. bezahlt. Durch Verhandlungen, die von drei unserer Kollegen besucht waren, ist dann der Lohn auf 2,20 M. erhöht worden. Der Hauptkassier ist überhand: 4854,62 M. Die Lokalkasse verzeichnet eine Einnahme von 4742,29 M. Von den bei der Statistik am 1. Januar 1901 1046 Mitgliedern waren 286 arbeitslos und zwar insgesamt 1964 Wochen. 270 Mitglieder waren krank. Wir hoffen, daß der am Schluß des Berichtes ausgesprochene Wunsch der Jahrestellenleitung: die Braunschweiger Kollegen möchten wie im Vorjahre, so allezeit für Ausbreitung der Organisation sorgen, sich erfüllt.

Salze a. d. S. Am Sonntag, den 31. März, fand in dem benachbarten Orte Glöthe zum ersten Male eine Versammlung statt. Das Referat hierzu hatte der Kollege Göhle aus Salze abgenommen. Derselbe schilderte die Lage der Arbeiter im Allgemeinen und wies darauf hin, daß nur durch Zusammenschluß aller Arbeiter zur Organisation die schlechte Lage der Arbeiter gehoben werden kann. Nur den Preis ihrer Waare empor zu bringen, greifen die Unternehmer zum Mittel der

Verknüpfung. Sollte der Arbeiter nicht auch darüber nachdenken, daß auch mit dem gleichen Mittel der Verknüpfung eine Verbesserung seiner Lage stattfinden kann? Kollegen von Glöthe und Ullrich! Ihr habt Euch in großer Zahl als Mitglieder aufzeichnen lassen. In Euch liegt es nun, noch mehr zu gewinnen, damit wir mit Recht behaupten können, die Saat, welche wir getreut haben, hat ihre Früchte getragen. Nun noch ein. Nach vieler Mühe ist es uns gelungen, ein Lokal zu erringen, wo Ihr Eure Lage besprechen könnt. In Euch liegt es, das Lokal zu erhalten. Wenn Ihr etwas zu verzeihen habt, so denkt an den Wirth, der Euch sein Lokal zur Verfügung stellt, und arbeitet darauf hin, daß jeder Kollege von Euch dem Verband beiträgt, daß Ihr mit Stolz sagen könnt: Wir sind Alle organisiert!

Elberfeld. Am 28. März, Abends 9 Uhr, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung bei F. Schneider, Wandbeker Gasse. Genosse Bürger hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Krankentassenwesen. Redner betonte, daß die Krankentassenmitglieder mehr als bisher ihr Interesse der Verwaltung der Kasse zuwenden müßten, da nur dadurch die den Kassen anhaftenden Mängel beseitigt werden könnten. Zwar seien schon einige Veränderungen gemacht worden, aber etwas Durchgreifendes sei bisher noch nicht geschehen. Nun erläuterte er das Wesen der verschiedenen Kassen; das Recht, das uns gesetzlich zustehe, werde in den Gemeindef-, Bau-, Annahms- und Betriebskassen meist illusorisch gemacht, während uns bei den Ortskassen ein größerer Spielraum gelassen sei. Seine Ausführungen gipfelten in dem Schlußsatz: „Gleiche in die Ortskassen, Auflösung sämtlicher anderen Kassen zu Gunsten derselben, da wir uns nur in den Ortskassen eine uns zuzugende günstige Versicherung schaffen können. Hierfür wurde beschloffen, am 14. Juli mit Musikklub Treue-Bandschel und Touristenklub Gilde eine Wagnertour nach Bilmörder zu veranstalten. Nach Erledigung der interner Angelegenheiten folgte Schluß der Versammlung.

Essen. Am 24. März tagte hier eine öffentliche Versammlung. Kollege Brandau referierte über die Nothwendigkeit der Organisation der Fabrikarbeiter. Seine Ausführungen wurden von reichem Beifall belohnt. Mehrere Anwesende traten dem Verbands bei. In der Diskussion äußerten sich die Kollegen Jordan und Kaulbach im Sinne des Referenten. Nach einem kurzen kernigen Schlußwort seitens des Kollegen Brandau wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Frankenthal. Sonntag, den 7. April, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Zunächst wurde die Abrechnung vom 4. Quartal vorgelegt. Darauf wurde der Streik in der Pumpen- und Amateurfabrik von Bettinger u. Walle zur Sprache gebracht, wobei auch Kollegen von uns in Mitleidenschaft gezogen sind. Diese Firma hat im Februar einen Lohnabzug von 10 Prozent, für Ueberstunden 15 Prozent vorgenommen. Als die Arbeiter sich dagegen wendeten, beschwichtigte man sie mit dem Versprechen, daß weitere Abzüge nicht gemacht würden. Herr Direktor Kousfant gab den Arbeitern sogar sein Ehrenwort, daß weitere Abzüge nicht erfolgen würden. Die Arbeiter, die auf die ehrenwörtlichen Versicherungen bauten, sollten bitter enttäuscht werden, denn es erfolgte abermals ein Abzug von 10 Prozent. Alle Versuche, einen gültigen Ausgleich der Differenzen herbeizuführen, blieben erfolglos. „Wenn Ihr streiken wollt, so könnt Ihr ganz ruhig streiken!“ so lautete die Antwort der Betriebsleitung. Selbst am letzten Tage vor Ablauf der Kündigung wurde ein noch maliger Versuch gemacht, wieder vergeblich. So traten die Arbeiter in den Ausstand. Da die Arbeiter ihr Arbeitsverhältnis den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gelöst haben, so haben sie Anspruch auf ein Zeugnis, das den Anforderungen der Gewerbeordnung entspricht, was man von denen, die ihnen ausgestellt wurden, nicht behaupten kann. Das Gewerbeamt wird Gelegenheit erhalten, der Firma eine Belehrung darüber zu erteilen, in welcher Form Zeugnisse ausgestellt werden müssen, und derselben klar machen, daß besondere Kennzeichen sich auf den Zeugnissen nicht befinden dürfen. Die Arbeiter wollen besondere Kennzeichen in ihren Zeugnissen erbeten haben. Nachdem noch 11 Personen sich zur Aufnahme gemeldet und der Bevollmächtigte kurz darauf hingewiesen, daß der Streik bei Bettinger u. Walle für die ganze Arbeiterchaft Frankenthals von größter Bedeutung sei und daher ein Jeder es sich zur Pflicht machen soll, den Streikenden moralische und finanzielle Unterstützung zu verleihen, schloß der 1. Bevollmächtigte die Versammlung.

Grevezwahlen. In der am 7. April abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurde die Abrechnung vom 4. Quartal vorgelegt. Die Hauptkassier hat eine Einnahme von 62,85 M. Die Lokalkasse eine solche von 56,45 M. Bei der Wahl eines Delegierten zur diesjährigen Gauassessorie wurde Kollege Diodorf gewählt.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 21. März bei Herrn, Große Bleichen, hielt Gen. Stelling einen andertalshundertigen Vortrag über: „Die Darwin'sche Theorie.“ Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Bericht von der letzten Statistik, und wie treiben wir am besten Agitation“, schloß Kollege Bahle vor, die Sache in der nächsten kombinierten Mitgliederversammlung zu verhandeln. Völter ist betr. der Agitation der Meinung, daß die Verwaltung sich mit den Arbeitern derjenigen Fabriken, welche in unserer Jahrestelle liegen, in Verbindung zu setzen habe; daraus sei jedenfalls Ueberzeugung zu erwarten, als von öffentlichen Versammlungen oder von der Stellungnahme in der kombinierten Versammlung. Kollege Ahrens als erster Bevollmächtigter führte aus, daß die Verwaltung in ihrer letzten Sitzung diesen Punkt schon sehr eingehend beraten habe, und zu derselben Aufsicht des Kollegen Völter gekommen sei, und könne er im Auftrage der Verwaltung nur bitten, diesen Ausführungen zuzustimmen. Es wurde denn auch dementsprechend beschlossen. Unter interner Angelegenheiten wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, daß die Hilfskassier, welche an der Vorstandssitzung theilnehmen, mit 50 Pf. statt wie bisher mit 30 Pf. entschädigt werden. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt worden, fand Schluß der Versammlung statt.

Harzgerode. Der Vertrauensmann fordert die Mitglieder in Harzgerode auf, bis zum 1. Mai ihre Beitragskasse zu begleichen, andernfalls ihr Ausschluss erfolgen muß.

Landshut. Sonntag, den 3. März, tagte eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Hämmerl aus München über Gewerbestreiken und ihre Folgen für die Arbeiter und Unternehmer referierte. Die jetzige Krise, so führte Redner aus, sei wohl zu erwarten gewesen, doch habe ihre Plötzlichkeit und sofortige Seitigkeit überrascht. Ohne Zweifel sei sie durch den Transwals- und Chinastreik gefördert worden. Die jetzige Arbeitslosigkeit sei erschreckend. Die Arbeitslosen bezifferten sich nach Landshut, der Lohn sinke. Auch am Orte sei das zu verspüren. Die Löhne, welche das Stadtbauamt bezahlt und 2 M. betragen, sind viel zu niedrig. Die 12 000 M.-Mühe und die geplante Erhöhung der Betriebszölle, wurden vom Redner in das Bereich seiner Betrachtungen gezogen. Nach einer dem Referat folgenden Debatte wurde nachfolgende Resolution angenommen: „Die heute am 3. März im Gasthause zur Bestandnahme versammelten nichtgewerlichen Arbeiter legen ein, daß nur in den Reihen der Organisation etwas für Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage geschehen kann. Sie erwarten von den Behörden, daß dieselben nicht wie bisher den Unternehmern in der Unterdrückung der Arbeiter Vorzug leisten, sondern dafür sorgen, daß der Arbeiter sein möglichstes Auskommen hat und seine Familie so ernähren kann, als es im Interesse der Volkswirtschaft erforderlich ist.“ Leipzig. Eine Versammlung tagte Sonntag, den 31. März, im „Gasthof zum goldenen Stern“ in Sommerfeld. 3. Seite

Schulze hielt einen Vortrag über: Welche Lehre haben die Fabrik- und Hilfsarbeiter aus der jetzigen wirtschaftlichen Krise und Arbeitslosigkeit zu ziehen? In passenden Worten führte der Referent den Anwesenden vor Augen, wie auf der einen Seite die Masse des Volkes durch neue Steuern und immer mehr belastet wird und auf der andern Seite die Unternehmer die jetzige wirtschaftliche Krise benützen, um die Arbeitslöhne zu kürzen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Bedner forderte die Anwesenden auf, tüchtig für die Organisation zu arbeiten, damit auch die ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die Unterdrückung und Ausbeutung Front machen können. In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß in den Steinbrüchen von Stansitz und Beucha die Unternehmer von den Arbeitern verlangen, sich ihr Handwerkszeug selbst zu besorgen und auch vorrichten zu lassen, was bis jetzt von den Unternehmern bestritten wurde. Für die Arbeiter bedeutet dies eine Ausgabe von 1,50 Mk. wöchentlich. Sätten sich die Arbeiter organisiert, so wären sie jetzt in der Lage, diese Zumutung zurückzuweisen. Als Vertrauensmann für Sommerfeld und Umgegend wurde Kollege Friedrich August Bader gewählt, als Kassierer Kollege Albrecht.

**Mainz. (Erfolg des Bedenarbeiter-Streiks.)** Seit dem 1. April ist in den beiden Fabriken der Mainz-Bedenwerke vorm. Michel, Mayer u. Deninger der Zehnstandentag eingeführt. Gleichzeitig wurden unter Hinzuziehung des Arbeiter-Ausschusses die meisten Stundenlöhne in Accordlöhne umgewandelt und so bemessen, daß es den Arbeitern möglich ist, 4-4,50 Mk. pro Tag zu verdienen. Auf alle noch bestehenden Stundenlöhne erfolgte ein Aufschlag von 10 Proz. Der Lohn der Arbeiterinnen beläuft sich auf 2 Mk. täglich. Die Accordpreise sind probeweise eingeführt und werden, wo notwendig, noch eine Verbesserung erfahren. So hat nun die Firma ihr beim vorjährigen Streik den Arbeitern gegebenes Versprechen gelöst, und in anerkennenswerter Weise bemüht sich die Geschäftsleitung - hauptsächlich Herr Direktor Dr. Ferd. Michel - den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Es wirft sich nun die Frage auf: War es notwendig, daß zur Erreichung dieser Bedingungen ein so hartnäckiger Streik mit seinen für beide Teile so nachteiligen Folgen ausgefochten werden mußte? Wir glauben nicht! Bei nur einigermaßen Entgegenkommen seitens der Firma hätte der Ausstand unseres Erachtens recht gut vermieden werden können. (Für die Kollegen, deren Kampf eine Ausgabe von 38 151,91 Mk. an Unterstützung erforderte, die zum größten Teil aus der Verbandskasse floßen, ist die Lehre zu ziehen, daß sie schamhaft, kampfunfähig gewesen wären, hätten sie die Organisation nicht als Bollwerk hinter sich gehabt. Daraus erwacht ihnen aber auch die Pflicht des ehrenvollen Festhaltens an der Organisation; Tausende ihrer Arbeitsbrüder und -Schwestern in anderen Orten wollen gegen Verschlechterung ihrer Löhne, für bessere Bezahlung kämpfen, es scheint uns, daß das Bestreben, sie in diesem Kampfe zu unterstützen, in Mainz nicht zu vernachlässigen ist. Das hier niederschreiben zu müssen, kostet uns Liebermündung, aber es muß gesagt werden, denn die bis jetzt im Winterquartal gemachten Erfahrungen lehren nur zu deutlich, daß ein weit schärferer Appell an alle Kollegen in Mainz, einschließlich der Leitung, ihre Pflicht zu erfüllen, gerechtfertigt ist. A. B.)

**Nowawes.** Berechtigten Unwille erregt in allen Kreisen der Bevölkerung die Praxis, die gegenwärtig beim Bau des Teltow-Kanals in Klein-Glienicke geübt wird. Der Durchstich zwischen der von der Havel gebildeten Einbuchtung unweit der Glienicke Brücke, an welcher das Lokal „Bürgerhof“ liegt, und dem Griebnitzsee hat seinen Anfang genommen. Die Arbeiter, die dabei in Verwendung gekommen, sind durchweg Italiener. Es ist nun für die seit Langem auf Arbeit wartenden Einwohner von Nowawes und der Umgegend geradezu ein Schlag ins Gesicht, wenn sie sich sagen lassen müssen, daß für sie keine Arbeit vorhanden ist. Beim Bau eines Kanalarwerks, wie es der Kanal sein soll, ist es wohl selbstverständlich, daß man die inländischen Arbeiter zuerst beschäftigt, die doch ein gewisses Anrecht darauf haben, beschäftigt zu werden. Wenn beim späteren Bau des Mittelkanals ebenfalls verfahren werden soll, dann entsteht für unsere Arbeiter nicht vermehrte Arbeitsgelegenheit, sondern ein Konjunktursturz, der die bedauerlichsten Folgen haben müßte. Sache der Arbeiter und ihrer Vertreter wird es sein, Abhilfe zu fordern.

**Rothenburgsort.** Am 3. April tagte unsere Mitgliederversammlung bei v. Egen. Das Andenken der verstorbenen Kollegen Havel und Bang wurde in üblicher Weise geehrt. Den Bericht über den Streik in der Meißnerturmühle von G. D. Lüders erachteten die Kollegen Hiemann, Schwarz und Büttge. Hieraus geht hervor, daß in diesem Betriebe bis dato Zustände herrschten, die den Streik in jeder Beziehung als berechtigt erscheinen lassen. Mit der Auszahlung der Streikunterstützung für die erste Woche aus der Lokalkasse erklärte die Versammlung sich einstimmig einverstanden. Die Diskussion über die Angelegenheit, welche vom Vorstande der Arbeiter im „Hafenarbeiter“ gegen uns veröffentlicht worden sind, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Das seiner Zeit ausgeschlossene Mitglied Sarawa wurde wieder aufgenommen. Es wurde beschlossen, Matraman zu 50 und 25 Pf. herauszugeben. Unsere diesjährige Morgenversammlung findet am 12. Mai nach dem „Horner Berg“ statt. Die nächste Mitgliederversammlung wird am 21. April abgehalten.

**Regel.** Montag, den 1. April, tagte unsere Mitgliederversammlung, welche leider etwas schwach besucht war. In Punkt 1 wurden Anträge beraten zur Sanctionierung. Als Delegierter wurde Kollege Mayer gewählt. Punkt 2, Verhandlungsangelegenheiten. Die Bevollmächtigten der hiesigen Zahlstelle hatten im Auftrage der vorigen Mitgliederversammlung ein Statut ausgearbeitet, zu dem lokalen Arbeitslosen-Unterstützung und es der heutigen Versammlung vorgelegt. Es entspann sich hierüber eine rege Debatte. Die Beschlußfassung über die Statuten wurde wegen des schwachen Besuchs vertagt bis zur nächsten Versammlung. Unter Punkt 3, „Bericht über den Streik“, wurde beantragt, im Laufe dieses Monats ein Kongressbesuch zu veranstalten. Der Antrag wurde ebenfalls vertagt bis zur nächsten Versammlung, weil wir uns auf ein Hindernis stoßen, und daß die Reisekosten. Es ist ja leider traurig, daß die hiesigen Arbeiter noch so wenig an die vom „Vorwärts“ herausgegebenen Details denken. Uns fehlen wohl die größeren Erfolge zu einem Kongressbesuch zur Beförderung, aber nicht zu unserer Arbeit. Wichtig ist es ja, daß die Arbeiter sich Regeln von dem Schicksal des Individualismus nicht erweichen lassen, sondern sich an dem festhalten.

**Wandebek.** Sonntag, den 10. April, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Der zweite Bevollmächtigte legte den Bericht vor, die von dem Vorstande als richtig befunden wurde. In der Besprechung erhebt sich die Frage, den Bericht von dem Kassierer Kollege H. S. Zur Kassierer wurde Kollege genommen und beschloßen, sich zahlreich daran zu beteiligen. Als Kassierer wurde Kollege Krüger gewählt. Für die Wandebeker Kollegen der Zahlstelle von Lüders im Winterhude-Geppendorf wurde eine Unterstützung von 50 Mark bewilligt.

**Wolgast.** Am 20. März tagte unsere Mitgliederversammlung. Zunächst wurde es sich um die Revision eines Hilfsvertrages. Danach wurde dem Kassierer gemeldet, dass jeder Kollege eine Unterstützung von 20 Mark zur Verfügung stellen soll. Das Geld soll für eine Anzahl Personen als Unterstützung ausbezahlt werden. Es bleibt dem Vorstande die Entscheidung vorbehalten, ob eine Zahlstelle gegründet werden soll. Zur Unterstützung der Zahlstelle wurden 14 Kollegen.

**Jülichow.** Sonntag, den 10. März, tagte im Saale der Bedenwer Bräueret unsere Mitgliederversammlung, welche sich zunächst mit der Lohnreduzierung der Hilfsarbeiter der Kupferschmiede des „Vulkan“ beschäftigte. Es wurde von den Beteiligten mitgeteilt, daß ihnen seitens des leitenden Ingenieurs Herrn Schröder eröffnet sei, von jetzt an auf Lohn zu arbeiten; die Kupferschmiede, mit welchen die Hilfsarbeiter so lange gemeinschaftlich im Accord arbeiteten, bleiben im Accordverhältnis stehen. Da nun der Accordbetrag für die Arbeiter einen Lohnmangel von 6-7 Pf. pro Stunde macht, waren sie der Meinung, hiergegen Stellung zu nehmen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche bei dem Ingenieur vorstellig wurde. Dieser erklärte jedoch, es liege nicht in seiner Macht, dieses rückgängig zu machen. Es wurde beschlossen, hierzu, weil nur einige der hierbei in Frage kommenden anwesend waren, eine Sitzung einzuberufen und hierzu alle mündlich einzuladen, um über weitere Stellungnahme zu beraten und zu beschließen. Dann wurde mitgeteilt, daß einige Verbandskollegen auf der Zementfabrik in Krahwitz Böttcherarbeiten verrichten, also als Streikbrecher zu bezeichnen seien. (Die Böttcher hatten vor einigen Wochen, als einer ihrer Kollegen wegen Verbandszugehörigkeit gemahngelt wurde, sämtlich die Arbeit niedergelegt, weil auf ihre Vorstellung bei der Direktion der gemahngelte Kollege nicht wieder eingestellt wurde.) Da die Ortsverwaltung nicht genau informiert war und die Mitteilungen hierüber auch theilweise widersprüchlich waren, wurde die Ortsverwaltung beauftragt, die Sache nochmals genau zu untersuchen und der nächsten Versammlung, welche in Frauendorf stattfindet, zur Beschlußfassung vorzulegen. Folgender Vorfall, welcher sich auf dem „Vulkan“ vor kurzer Zeit ereignete, wurde noch zur Sprache gebracht. Dort wurden 14 Arbeiter der Sägerei von ihrem Vorgesetzten beauftragt, Holz, welches mit der Bahn gekommen war, abzuladen. Da nun das Holz etwas weit zu tragen war, beauftragte der Vorgesetzte, den Wagen etwas weiter zu schieben. Dieser kam jedoch auf der abschüssigen Bahn derartig in Bewegung, daß ihn die Arbeiter nicht mehr halten konnten. Durch den Anprall an anderen Wagen und einen Hebelstahl wurden diese so beschädigt, daß in Fahrt befindliche Wagen erheblich beschädigt. Der zurückkommende Ingenieur erklärte, er werde alle Arbeiter sowie den Vorgesetzten dafür bestrafen. Als aber am Lohnzahlungstage die Arbeiter ihre Lohnzettel befehen, fanden sie, daß von den 15 Arbeitern nur 7 mit 1 Mk. bestrahlt waren. Da nun diese, weil sie ebenso wenig wie die anderen etwas Strafbares begangen, sondern auch nur den Befehl des Vorgesetzten ausgeführt haben, am anderen Tage bei dem Bureauvorsteher vorstellig wurden, bedeutete ihnen dieser, er könne daran nichts ändern, ihm seien die 7 Mann mit der Strafhöhe von 1 Mk. von dem Ingenieur angegeben.

**Aus Ostelbien.** Es ist der 12. April und die Bahn fährt uns nach Köslin. Die Qual der endlos langen Fahrt wird noch durch einen anderthalbstündigen Aufenthalt verlängert, den wir in Stargard (Pommern) verbringen müssen. Wir schlendern den Person auf und ab, überall Trupps von wandernden Landarbeitern, ihren Frauen, Kindern und jüngeren Geschwistern. Die reine Völkerverwanderung. Da - ein Extrazug, ein richtiger Extrazug - wie per seicht wird, heute bereits der dritte - aber der Train hat nicht die Zusammenstellung der Extrazüge, die die Genießenden sonst befördern: erste, zweite, dritte Klasse; vielmehr besteht dieser, der die schaffenden, schaffenden Landproletarier befördern soll, aus dritter, vierter Klasse und - Viehwagen. Viehwagen, wie sie sich ein gerissener Viehhändler für Beförderung seiner Kühe, Schafe, Schweine nicht schlechter bieten läßt. Viehwagen ohne Fenster, mit einer in der Mitte des Wagens angebrachten verriegelbaren Thür, die geöffnet, die kalten Schnees- oder Regenflauer des launischen April in das Wageninnere peitschen läßt, und die geschlossen, auch am Tage den Wagen in undurchdringliches Dunkel hüllt! Und diese Viehwagen, ein Duzend an der Zahl, sind vollgepfropft mit Menschen, mit Polen, Galiziern und so weiter. Lieberfüllt sind die Wagen. In überfüllten Wagen haben die Leute, zusammengedrückt, bereits Tag ereilen überstanden, und immer weiter sollen sie befördert werden, um in der Umgebung Steintins, Berlin, Magdeburgs u. s. w. als willige Ausbeutungsobjekte von den Landbesitzern benutzt zu werden. Weiterhin schauen wir sie an; die fahlen, blutleeren Gesichter der vielen jungen Mädchen, Frauen und Männer sind nicht nur zurückzuführen auf die Strapazen der Reise, die Uebermüdigkeit, nein, es sind ausgebleichte, faß- und kraftlose, mangelnd ernährte Gestalten. Können die leistungsfähig sein? Sie sind billig, das ist den ostelbischen Landlords und Zuderrüben-Königen die Hauptfrage, Stroh und Heische des „Inspektors“ helfen der Leistungsfähigkeit ein bißchen nach. Billig und billig! Was sich da, schlimmer wie das liebe Vieh, widerspruchslos befördern läßt, billig ist es auch als Ausbeutungsobjekt, bedürftig ohne Beispiel. Die Mittagspause rückt heran. Unter die vielen Menschen in dem Extrazug kommt Leben, die Mehrzahl schnürt ihre Bündel auf, Holt die Brotkörbchen hervor, bestreicht große Stücken Brotes mit Schmalz, bereitwillig füllen die vielen den Zug begleitenden Aufseher die - leergewordenen - Schnapsflaschen mit Wasser, das Mahl beginnt. Wie die Rührung, so die Kleidung, von deren hundert Zusammenstellung es sich unsicher auf die Erziehung im Trödelladen schließen läßt. Diese entlagungslosen Menschen bewohnen nun den deutschen Arbeitsmarkt, die deutschen Landarbeiter sollen mit ihnen konkurrieren! Die Abfahrtszeit unseres Zuges rückt heran. Vorher meint noch ein Bahnbeamter, dem wir versicherten, daß wir diese Beförderungswart als eine Schande betrachteten, lächelnd: „Ja, woher sollen wir denn die Wagen alle nehmen?“ Durch diese hündigste Widerlegung unserer humanitären Anwandlungen abgedrückt, schleichend wir unserem Zuge zu. Auch er ist voll, aber doch nicht so voll wie die Viehwagen des Extrazuges. Gangend zieht die Lokomotive an, krachend drehen sich die Räder um ihre Achsen, langsam fahren wir am „Extrazug“ vorbei, auch dessen dritte und vierte Klasse ist gepfropft voll, und wir bestärken uns in der Ueberzeugung, daß der geduldigen Menschen mehr in einen - Viehwagen gehen, als der geduldigen Schafe, und, daß man diesen Menschen auch mehr bieten wird, als geduldigen Schafen! Ob aber für immer? -

**Quittung.**  
Bei der Hauptkasse gingen seit dem 2. April folgende Beiträge ein:  
Speyer 84,12. Ober-Kauffung 33,40. Halberstadt 9,85. Redau 11,90. Pöffenlaun 21,70. Berlin 31,90. München 740,49. Jülichow 192,65. Chrdrus 92,--. Kiel 95,26. Regensburg 28,35. Barby 19,95. Saagen 17,26. Dietelheim 12,30. Glin 44,30. Osterholz-Scharmbed 391,05. Offenbach a. M. 362,52. Wigen 4,18. Pommernsdorf 123,90. Götting 49,88. Hiesfeld 22,33. Heidenheim 4,15. Sehma 107,55. Strogem 31,41. Röhlan 122,66. Poljan 49,05. Kellheim 23,75. Darmstadt 20,90. Götting 6,35. Serrin 68,55. Altenburg (S.-A.) 93,96. Waldheim 22,65. Apentade 180,20. Bismar 52,75. Schwabach 53,35. Dilsdorf 66,35. Schlump 136,33. Langensiefen 15,--. Porta 41,05. Weihenau 51,70. Wilsdorf 5,--. Götting am Main 4,22. Pommern 72,37. R.-Regensburg 37,05. Zomersleben 98,20. Regensburg 7,30. Götting 33,30. Langensiefen 47,75. Göttingen 200,70. Pommern 95,60. Regel 130,72. Wörby 30,--. Kogatz 45,20. Witten 15,65. Kleinmühlberg 22,30. Pöffenlaun 511,40. Pöffenlaun 527,--. Regia 51,70. Goldberg 291,40. Altona 212,30.

Mienburg a. S. 149,95. Neumünster 73,76. Mülheim 45,38. Verden 11,65. Gamburg 327,32. Rehnin 353,35. Magdeburg 410,87. Schweinfurt 52,10. Gaffelsfelde 76,15. Wedel t. S. 30,18. Kassel 34,87. Maguhn 50,80. Einzelmitglieder Bienen 140,10. Postabonnement durch Bohrberg 5,52 Mk.  
Für den Streikfonds: Chrdrus 6,50; Götting 3,80; Wölts-Zeitung 1,90; Ostsdorf 7,60; Wörby 3,80; Altona 28,10; Neumünster 11,15; Gamburg 47,25; Rehnin 111,55 Mk.  
Für Inserate: Rehnin 3,45.  
Schluß: Dienstag, den 16. April, Mittags 12 Uhr.

Die Delegierten zur Konferenz in Weiskensfeld werden von an einer weißen Schleiße kennlichen Kollegen am Bahnhof erwartet.

**Verlorene und für ungültig erklärte Bücher**  
Nr. 1 Franz Kontowski aus Gilehne, geboren am 11. September 1861, eingetreten am 16. Oktober 1895 in Ibeho.  
Der Arbeiter Heinz Klopff hat das Buch des Kollegen Karl Richter Nr. 81972 gestohlen und reist darauf. Geboren am 12. Februar 1879, eingetreten am 8. März 1900. Bitte, dasselbe sofort abzunehmen und zurückzugeben.  
Heinrich Garke, Ascherleben, Riechhof 11.

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**  
Gau 11, Eich Kassel. Vorsitzender: S. Wehmann, Gollstraße 76. Kassierer: C. Wobl, Karolinenstraße 9.  
Altona. C. Duandt, Bohmühlenstraße 40.  
Güstenberg i. M. Joh. Friedr. Wilhelmstraße 12.  
Gamburg-St. Georg. Wilh. Elwing, Hammerbrookstraße 73, 3. Et.  
Hildesheim. Ernst Großmann, Altemarkt 46.  
Hilshausen (Pommern). Ehr. Clevoß, Kasserstraße 149.  
Rienhaidensleben. Boilo Schmiedler, Burgstraße 13.  
Rienburg (Weser). D. Ebeling, Leimbörstraße 53.  
Groß-Salze (Gau 3). Friedr. Weber, Grobenstr. 6.  
Sommerfeld (Sachsen I). Vertrauensmann: Friedrich Aug. Bader, Eisenbahnstraße 10, 1. Et.  
Wolgast. Joh. Richter, Schulstraße 5.  
Wurzen. Reiseunterstützung wird ausgezahlt beim Kollegen Müller, Zigarrengeschäft, Crostigaß 10.

**Briefkasten.**  
Wendt, Eilenburg. Es ist doch selbstverständlich für jeden Leser, daß Sie mit der Erklärung aus Magdeburg nichts zu thun haben.  
J. Sch. Kellinghusen. Hinter der Rubrik „Vom vorigen Quartal zurückbehalten“ sind nur die Summen einzustellen, die über 33% Prozent hinausgehen, nicht aber der Restbetrag, dieser gehört nur in die Abrechnung der Lokalkasse. Gruß! A. B.

**Sterbetafel.**  
Math. Grombacher, geb. am 11. Januar 1852, eingetreten am 10. Oktober 1898, gestorben im März zu Mannheim.

**Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh.**  
Erfülle hiermit die traurige Pflicht, von dem Ableben eines Kollegen Kenntnis zu geben. Nr. 61282. Franz Wiltner aus B. u. H. in Baden, geboren am 12. Oktober 1867, eingetreten zu Ludwigshafen am 28. Mai 1899, gestorben (insolge Verletzung durch böbische Hand) am 26. März 1901 zu Ludwigshafen. 1,20 Mk.] J. A.: Friedrich Dieck.

**Zahlstelle Blankenburg a. Harz.**  
Am Sonntag, den 21. April, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Erledigung von Unterstüngen. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1901. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen wird gewünscht. 1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

**Zahlstelle Eilenberg.**  
Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden 2. und 4. Montag eines jeden Monats, Abends 8 Uhr, im „Bergkeller“ statt. Nächste Versammlung: Montag, den 23. April. Die Kollegen werden ersucht, ihre Beiträge mit zu entrichten. 1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

**Zahlstelle Rixdorf.**  
Am 22. April d. J., Abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Perzer, Steinmühlstr. 113, die hiesige Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Kassenericht vom 1. Quartal und Bericht d. Revisoren. 2. Bericht von der Gau-Konferenz. 3. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschafts-Kartell. 4. Verbandsangelegenheiten. 1,20 Mk.]

**Zahlstelle Rothenburgsort.**  
Mittwoch, den 24. April, Abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei v. Egen, Reginenstraße 137. Tagesordnung: 1. Der Streik bei G. u. D. Lüders. 2. Innere Verbandsangelegenheiten. 1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

**Einzelmitglieder Wurzen.**  
Sonntag, den 21. April, Nachmittags 4 Uhr: Versammlung in „Stadt Wien“. Erscheinen aller Mitglieder notwendig. 0,90 Mk.] Der Vertrauensmann.

**Zahlstelle Winterhude-Geppendorf.**  
Sonntag, den 27. April:  
**Familien-Unterhaltungsabend**  
im Lokale des Herrn M. Schmalbach, Alsterdorferstr. 62-64. Um rege Unterhaltung bitten  
1,20 Mk.] Das Komitee.

**Thiede.**  
Unserm Verbandskollegen Wilhelm Lampe nebst Brant zu ihrer am 28. d. Mts. stattfindenden Hochzeit die herzlichste Gratulation!  
Im Auftrage der Zahlstelle:  
Der erste Bevollmächtigte.  
1,50 Mk.]  
Unserm Verbands-Kollegen Wilhelm Wagner und seiner jungen Gemahlin zu der am 30. März stattfindenden Hochzeit senden nachträglich die besten Glückwünsche. 1,60 Mk.] Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Halle-Norden.